



**University of  
Zurich**<sup>UZH</sup>

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2002

---

## **Ist Friedenspolitik auch Interessenpolitik?**

Cheneval, Francis

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich  
ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-52896>  
Conference or Workshop Item  
Published Version

Originally published at:  
Cheneval, Francis (2002). Ist Friedenspolitik auch Interessenpolitik? In: Swisspeace Annual Conference 2002, Konolfingen, June 2002. Swisspeace, 21-28.

**swisspeace – Jahreskonferenz 2002**  
**Die Friedenspolitik der Schweiz**  
**Akteure – Instrumente – Perspektiven**

Beiträge von:

Franz von Däniken  
Peter Maurer  
Jakob Kellenberger  
Francis Cheneval

# Ist Friedenspolitik auch Interessenpolitik?

Francis Cheneval



Prof. Dr. Francis Cheneval hat seit August 2002 die SNF-Förderungsprofessur für Philosophie an der Universität Zürich inne. Er leitet das Forschungsprojekt *Philosophische Legitimationsgrundlagen einer Verfassung der Europäischen Union*.

Raymond Aron hat seinem epochalen Werk *Guerre et paix entre les nations* (Paris 1962) folgendes Montesquieu-Zitat vorangestellt:

«Le droit des gens est naturellement fondé sur ce principe: que les diverses nations doivent se faire, dans la paix, le plus de bien, et, dans la guerre, le moins de mal qu'il est possible, sans nuire à leurs véritables intérêts».

(Montesquieu: De l'esprit des lois, I, 3).

Aus dem weiten Bedeutungsfeld dieses Satzes springt hier die neutrale Verwendung des Begriffs des Interesses in Bezug auf Frieden und Krieg ins Auge. So wie es ein Recht des Friedens und Recht des Kriegs gibt, so gibt es auch ein Interesse am Frieden und ein Interesse am Krieg. Das Interesse ist der Massstab, nach dem bestimmt wird, ob Frieden oder Krieg herrschen, wieviel dem Freund geholfen, wie stark dem Feind geschadet werden soll. Damit wäre auch schon die Basis zur Beantwortung der hier gestellten Frage gelegt. Natürlich ist Friedenspolitik auch Interessenpolitik. Es ist sogar ein Gebot der Vernunft und der Verantwortung, dass sie nichts anderes ist.

Allerdings führt die Thematisierung von Interesse und Nutzen am Frieden im heutigen Kontext eines demokratischen Staates wie der Schweiz auch zu einem neuartigen Legitimationsproblem. Nicht alle Akteure der Friedenspolitik haben das *gleiche* Interesse am *gleichen* Frieden. Es gibt keine Interessen ohne Interessenkonflikte. In der offenen Gesellschaft findet deshalb ein Diskurs über die Zustimmungsfähigkeit zu den Interessen statt. Bei dieser Auseinandersetzung können die unter Begründungszwang stehenden Beteiligten nicht mehr nur ihre partikularen Interessen anmelden, sondern sie müssen darüber hinaus auch Gründe vortragen, die eine allgemeine Geltung beanspruchen können.

So adäquat also eine theoretische Untersuchung der Friedenspolitik unter dem Aspekt des Interesses sein mag, so falsch wäre es zu meinen, dass dieser zweckrationale Diskurs vollständig von normativen Fragestellungen wegführt. Wir kommen auch im Fall der interessengeleiteten Thematisierung der Friedenspolitik nicht um Fragen herum wie: Was ist ein legitimes Interesse? Was ist ein allgemeines Interesse? Welcher Friede ist erstrebenswert? Der mir suggerierte Titel „Ist Friedenspolitik auch Interessenpolitik?“ thematisiert also ein reales und aktuelles Problem der Friedenspolitik einer demokratischen Gesellschaft.

Die Frage bedarf zunächst einiger begrifflicher Präzisierungen, die ich in einem ersten Punkt vornehme. Zweitens möchte ich die theoretische Verbindung von Frieden und Interesse im

---

Licht der modernen Staatsphilosophie betrachten, weil diese Friede und Interesse in einer bestimmten Weise miteinander in Verbindung bringt. In einem dritten Abschnitt werde ich dann auf die direkte Beantwortung der Frage eintreten.

Insgesamt geht es in diesem Referat nicht um eine empirische Beantwortung der Frage wann, wo, welche Friedenspolitik welchen Interessen dient. Vielmehr geht es um den theoretischen Rahmen einer Verbindung von Frieden und Interesse, von Friedenspolitik und Interessenpolitik.

### **Begriffliche Klärungen**

Das Bedeutungsfeld von „Interesse“ umfasst seit seinen Ursprüngen im Römischen Recht Begriffe wie: Entschädigung, Vorteil, Nutzen, Zins, Dividende. Da wir Gegenständen, die uns Vorteil bringen, in der Regel auch zugeneigt sind, bedeutet Interesse auch: Gefallen, Belang, Anteilnahme. Ausgehend von dieser Semantik lässt sich formulieren:

Interesse ist eine bestimmte Konstellation zwischen einem individuellen oder kollektiven Akteur A und einem von diesem wertgeschätzten materiellen oder ideellen Objekt X, für die kennzeichnend ist, dass A seine Handlungen und Handlungsstrategien darauf richtet, eine Situation so zu bewahren oder zu verändern, dass ein den Motiven von A entsprechendes X bewirkt wird.

Interessen sind als Resultat von Kalkülen also nicht einfach Bedürfnisse. Sie haben nach dem üppigen Mittagessen sicher das unmittelbare Bedürfnis zu einer Siesta oder einem Spaziergang, aber sie nehmen an diesem Vortrag teil. Da sie dazu nicht gezwungen wurden, kann davon ausgegangen werden, dass jede Person für sich auf Grund eines ganz bestimmten, individuellen Interessenkalküls hier in diesem Saal sitzt.

Ebenso wichtig wie die Arbeitsdefinition von Interesse ist die formale Unterscheidung verschiedener Abstraktionsebenen, auf denen wir Interesse bestimmten Akteuren zuschreiben. Ich nenne drei.

- partikulares Interesse (konkrete Einzelpersonen, Interessengruppen: z. B. Verbände, politische Parteien, einzelne staatliche Ämter, einzelne Regierungsorganisationen, einzelne Nicht-Regierungsorganisationen etc.)
- demokratisch ermitteltes, allgemeines Interesse (munizipal, teilstaatlich, nationalstaatlich, ev. überstaatlich)
- abstraktes individuelles und allgemeines Interesse (als Mensch, Menschheit, als Mitglied einer zukünftigen Generation, als zukünftige Generation)

Die Unterscheidungen sind formal, sie ergeben sich aus einem methodischen Betrachtungsmodus. In der empirischen Wirklichkeit sind die Interessen komplex miteinander verflochten und vielfältig überlagert. Es gibt auch Interessenkonflikte innerhalb desselben Akteurs. Wir müssen auch davon ausgehen, dass es latente Interessen gibt, die nicht oder falsch wahrgenommen werden. In der Tat handeln Menschen und Gruppen oft ihrem eigenen Interesse zu wider, aus Gründen, welche die rationale Handlungstheorie nicht erklären kann.

Diese Problematik, die für die Friedensforschung nicht unwichtig ist, kann aber in der Folge nicht berücksichtigt werden. Ich erwähne sie nur, um auf die Grenzen der rationalen Interessenanalyse, der demokratischen Interessensvermittlung und letztlich der Interessenpolitik hinzuweisen.

Von Interessenpolitik kann man dann sprechen, wenn die Handlung und Handlungsstrategien in politischen Institutionen verankert oder durch die Beeinflussung oder Inanspruchnahme staatlicher Instanzen oder Verfahren verfolgt werden. James Madison hat schon 1788 in seinem *10. Federalist Artikel* dargelegt, dass es demokratisch kontraproduktiv ist, Interessenverbände repressiv an ihrem Entstehen zu hindern. Im Gegenteil, ihre Zahl sollte möglichst gross sein, damit sie sich gegenseitig konkurrenzieren und keine allein die staatlichen Institutionen oder die Gesellschaft vereinnahmen kann.

Innerhalb eines verfassungsmässigen Rahmens ist also Interessenpolitik nach den Grundsätzen der modernen Demokratie formal betrachtet erwünscht, unter der Bedingung, dass eine Pluralität von Interessenverbänden gewährleistet ist und keiner nachhaltig alle staatlichen Institutionen vereinnahmen kann. Der Begriff der Interessenpolitik steht somit für eine moderne, rationale Form von Politik und von Politikanalyse.

Man kann zwischen folgenden Taktiken der Interessenpolitik unterscheiden:

- Direktkontakt zu oder Direktvertretung in Legislative und Verwaltung
- Informelle Kontakte zu Legislative und Verwaltung
- Veröffentlichung von wissenschaftlichen Studien/Unterstützung von think tanks
- Allgemeine Präsenz in den Medien
- Gesetzesentwürfe, Initiativen, Referenden
- Basisarbeit, Briefkampagnen
- Gerichtsverfahren
- Wahlkampagnen
- Protestkundgebungen
- ( Illegale Taktiken: Verleumdung, Bestechung, Gewalt )

Aus diesem Katalog, den ich nicht im Einzelnen erläutern will, geht hervor, dass der Begriff der „Interessenpolitik“ bisher hauptsächlich im demokratisch-nationalstaatlichen Bereich zur Anwendung gebracht wurde, im Sinn von *interest group* oder *pressure group politics*, *lobbying*. Von „Interessenpolitik“ eines Nationalstaates im internationalen Bereich spricht man eigentlich kaum. Nicht weil dieser keine Interessen verfolgt, sondern weil ihm mit Recht nicht einfach nur der Status einer *pressure group* zugeschrieben wird. Ausserdem stehen ihm andere Strategien und Foren der Interessenvertretung zur Verfügung. Die Interessenpolitik von global agierenden Interessenverbänden hingegen ist ein neues, sehr weites Forschungsfeld.

Was soll nun aber hier unter Frieden und unter Friedenspolitik verstanden werden? Was Frieden und Friedenspolitik inhaltlich und operationell ist, haben wir an dieser Tagung ausführlich vorgestellt bekommen. Ich beschränke mich deshalb zunächst auf die Ausbreitung einfacher, allgemein bekannter Begrifflichkeiten.

---

Das grosse Spektrum der verschiedenen Arten realen Friedens kann man zwischen folgenden zwei Polen aufspannen:

- negativer Friede (Abwesenheit von massiver militärischer Gewalt)
- positiver Friede (Verwirklichung zivilisatorischer Grundwerte: ziviler Friede, „gerechter Friede“)

Diese Konzepte können bezogen werden auf:

- innerstaatlichen Frieden
- zwischenstaatlichen Frieden

Es ist meines Erachtens falsch, den positiven, gerechten Frieden gegen den negativen auszuspielen. Eine Abwesenheit von massiver militärischer Gewalt bedeutet oft schon enorm viel. Allerdings gibt es sicher ein „Richtungsschrittgesetz“ (M. Scheler), das vorschreibt vom negativen zum positiven, gerechten Frieden voranzuschreiten.

Generell lässt sich auch sagen, dass der Begriff des positiven Friedens bislang eher auf den innerstaatlichen, derjenige des negativen Friedens eher auf den zwischenstaatlichen Bereich zutraf. Gewisse Veränderungen des internationalen Systems, zumindest in Europa, ich denke an den Europarat, die EU, die EMRK, bringen aber auch den internationalen Frieden einem positiven Frieden ein kleines Stück näher.

Im Hinblick auf meine Fragestellung möchte ich eine generelle Unterteilung der Friedenspolitik nach normativen Zielen vorschlagen, wobei von einer gegenseitigen Bedingtheit von innerstaatlichem und zwischenstaatlichem Frieden ausgegangen wird.

- globalistische strukturbildende Finalität: Strategien postnationaler Transformation des internationalen Systems (z.B. Reform der UNO, wirtschaftliche Integration mit Schlichtungsverfahren (WTO), Internationaler Strafgerichtshof, Europäische Integration, Regionale Integration, Menschenrechtspolitik etc.)
- etatistische und internationalistische Finalität: Ausbau oder Herstellung staatlicher Gewaltmonopole; politische und ökonomische Intervention zum Abschluss zwischenstaatlicher Friedensverträge oder zur Prävention zwischenstaatlicher Kriege
- juristische Finalität: Förderung von Rechtsstaatlichkeit, Völkerrecht
- demokratische Finalität: Förderung von politischer Partizipation, sozialer Inklusion (gender), politischer Konfliktkultur und Infrastruktur (Parteien)
- kulturelle Finalität: kommunikative Herausbildung eines gemeinsamen Ethos, Unterstützung von Aufklärung, Bildung, Ausbildung; Affektkontrolle durch Identitätsstiftung
- ökonomisch-liberale Finalität: Förderung von tatsächlich freier Marktwirtschaft, von freiem und fairem Handel
- ökonomisch-soziale Finalität: Förderung von sozialer Gerechtigkeit, national und transnational

## Friede und Interesse in der modernen Staatsphilosophie

Wie können die Konzepte von Friedenspolitik und Interessenpolitik miteinander in Beziehung gesetzt werden? Dazu möchte ich zunächst etwas ausholen und in Erinnerung rufen, dass in der modernen liberal-demokratischen Staatsphilosophie Friede und Interesse direkt miteinander verbunden werden. Diese Verbindung stellt sogar das Fundament einer bestimmten Tradition der modernen Staatsphilosophie dar. Thomas Hobbes leitete in seinem *Leviathan* (1651) die Begründung des Staates allein aus dem rationalen Selbstinteresse egoistischer Akteure ab. Er verstand den Staat als Garant eines zivilen Friedens, und er verstand den zivilen Frieden als Bedingung der Möglichkeit, überhaupt Interessen verfolgen können. Das bedeutete eine methodische Wende und ein Abkommen von einer Staatsphilosophie, deren Grundlage ein religiöses oder ideales Menschenbild darstellte. Der Begriff des Interesses steht deshalb auch für Entzauberung, Entlarvung und Ernüchterung in Bezug auf vorgeschobene ideologische oder religiöse Zwecke. Hobbes' Methode bedeutete aber auch eine radikale Abkehr vom Natur- und Völkerrecht, so wie es auch im Eingangszitat von Montesquieu zum Ausdruck kommt. Unter Bedingungen des Kriegs kann gemäss Hobbes weder von Recht noch von einer rationalen Verfolgung individueller Interessen die Rede sein.

Hobbes wies nach, dass ein Verfolgen des rationalen Selbstinteresses ohne Anerkennung einer allgemeinen Herrschaft eine Situation permanenter Lebensbedrohung provoziert. Unter diesen Umständen wird das zweckrationale Verfolgen von Interessen unmöglich. Der zivile Friede hingegen ist der Ermöglichungsgrund von Interessenwahrnehmung und deshalb ein universalisierbares, unbedingtes Interesse. Dieser zivile Friede kann auf der elementarsten Stufe der Vergesellschaftung nur durch eine Entprivatisierung der Gewalt und Herstellung eines staatlichen Gewaltmonopols garantiert werden. Den Staat und seinen zivilen Frieden müssen deshalb gerade rationale Egoisten anerkennen.

Die Theorie wurde seit Hobbes sukzessive zu einer Theorie demokratischer Rechts- und Sozialstaatlichkeit ausgebaut und entsprechend transformiert. Am Kern der Verbindung von zivilem Frieden und rationalem Selbstinteresse wird aber bis heute festgehalten, etwa in spieltheoretischen Begründungen von institutionalisierter Kooperation. Auch der Sozialstaat muss nicht mit einer moralischen Hilfspflicht begründet werden, sondern mit dem Interesse am Frieden, dessen Garant er in einer komplexen Industriegesellschaft ist. Sozialer Frieden gilt als Ermöglichungsbedingung von ökonomischer Tätigkeit und Wohlstand. Auch Interessenverbände, die am sozialen Ausgleich kein unmittelbares Interesse haben, stimmen grundsätzlich einem verfassungsmässigen System zu, das den sozialen Frieden fördert. Es muss somit in der modernen politischen Philosophie allgemein eine methodische Konvergenz von Frieden und wohlverstandenen Selbstinteresse festgestellt werden. Der Friede ist ein besonderer Zweck, er ist der politische Zweck schlechthin, er ist das Interesse der Interessen.

Die Probleme, die sich stellen, wenn man diese Logik auf die zwischenstaatliche Sphäre überträgt, haben offen gelegt, dass die Verbindung von Interesse und Frieden nicht nur eine Begründung des Staates, sondern auch die Begründung der demokratischen Staatsform und postnationaler demokratischer Strukturen leistet. In einem nicht-demokratischen Staat ist das Interesse des Staates ein partikulares Interesse derjenigen, die den Staat kontrollieren. Dem allgemeinen Interesse der rationalen Egoisten steht somit ein partikulares Staats-

---

interesse entgegen. Damit droht der Nutzen des Friedens für jeden Einzelnen oder auch der Friede überhaupt auch gleich wieder abhanden zu kommen. Die partikuläre Staatsraison kann die Subjekte zu Kriegszwecken instrumentalisieren oder die partikularen Kriegsinteressen können ihre schädliche Wirkung in rechtsfreien Räumen ausserhalb des Staates entfalten.

Das Theorem des *democratic peace*, man nennt es auf Deutsch auch das Republikanismustheorem, besagt zwar, dass liberale Demokratien systemisch im Innern und in den Aussenbeziehungen dem Frieden zugeneigt sind. Dies gründet auf der Tatsache, dass die Demokratie das allgemeine, nationale Interesse nicht dem partikularen Interesse eines Autokraten, einer Oligarchie oder eines Interessenverbands anheim stellt. Das nationale Interesse, die Staatsraison, wird kommunikativ, demokratisch und letztlich individualistisch durch das System „one person, one vote“ sowie durch die verfassungsmässig geregelte Konkurrenz von Interessenverbänden ermittelt und eingegrenzt. Die Demokratie vollzieht eine ständige prozedurale Vermittlung von individuellen, partikularen und allgemeinen Interessen. Diese können in der Regel nicht durch minoritäre, partikuläre Kriegsinteressen ausgehebelt werden. In einem funktionierenden modernen demokratischen Industriestaat und einem zwischenstaatlichen System von funktionierenden modernen Demokratien überwiegt deshalb das Interesse an einer Friedensordnung, was statistisch hinreichend belegt ist.

Da nun aber auch demokratisch ermittelte, nationale Interessen im internationalen Bereich als partikuläre Interessen auftreten, kann sich ein internationales System von Demokratien nicht einfach auf die innere „Tugend“ der demokratischen Einzelstaaten verlassen. Es besteht eine Inkongruenz zwischen den betroffenen Adressaten der Aussenpolitik jenseits der Landesgrenzen und den an der demokratischen Kontrolle der Akteure partizipierenden Bürgern und Interessenverbänden. In dem Sinn besteht im internationalen Bereich ein Demokratiedefizit und ein Defizit demokratischer Interessenaggregation, welches auch die Aussenpolitik des demokratischen Staates für Vereinnahmungen durch partikuläre Interessen anfällig macht.

Damit Interesse und Friede auch realpolitisch miteinander in Verbindung treten können, bedarf es also eines Systems demokratischer Verfassungsstrukturen. Dies gilt also gerade dann, wenn demokratische Politik als eine Form von zweckrationalem Interessenausgleich verstanden wird. Diese bedeutet wiederum, dass die Begründung des Staates durch das wohlverstandene Selbstinteresse die Begründung einer verfassungsmässigen demokratischen Ordnung und einer demokratischen Friedensordnung zwischen den Staaten impliziert. Das individualistische Friedens-Kalkül der modernen Staatsphilosophie verlangt, im Namen des wohlverstandenen Selbstinteresses, nach einer demokratischen Ordnung im Innern und einer Ausdehnung des zivilen Friedens auf das zwischenstaatliche System.

### **Zurück zur Fragestellung**

Wir kommen nun der Beantwortung der Frage „Ist Friedenspolitik auch Interessenpolitik?“ etwas näher. Ich möchte zwei Bedeutungsfelder der Frage unterscheiden:

*Erstens:* Dient Friedenspolitik Interessen? Ist es zulässig, dass Friedenspolitik Interessen dient, die nicht direkt den Frieden betreffen? Diese Frage kann man umdrehen und normativ



zuspitzen: Soll Friedenspolitik auch dann betrieben werden, wenn der Akteur der Friedenspolitik kein direktes Interesse an einem Frieden (z.B. in einer entfernten Region) zu haben scheint?

*Zweitens:* Bedient sich die Friedenspolitik der Strategien der Interessenpolitik? Ist es möglich, ist es effizient Friedenspolitik mit den Strategien der Interessenpolitik zu betreiben?

Ich möchte die zweite, taktisch-operationelle Frage der empirischen Friedensforschung überlassen und nur auf den ersten Fragenkomplex eingehen.

1. Auf Grund der Ausführungen zur Verbindung von Friede und Interesse in der modernen Staatsphilosophie muss die Frage, ob der Friede einem universalisierbaren Interesse dient, bejaht werden. Der Friede ist geradezu das Interesse schlechthin, er ist das Interesse der Interessen. Eine Friedenspolitik, welche den genannten Zielen des gerechten oder zivilen Friedens verpflichtet ist, ist in diesem Sinn Interessenpolitik schlechthin.
2. Hinzu kommt aber auch folgende Implikation: Friedenspolitik ist auch dann legitim, wenn sie ausser dem Frieden noch einem partikularen Interessen dient. Dieses sekundäre, partikulare Interesse kann sogar ihr eigentliches Motiv sein. Friedenspolitik müsste dann darin bestehen, im Sinn einer „List der Vernunft“ die partikularen Interessen für den Frieden nutzbar zu machen.
3. Bedingung für (2) ist allerdings, dass dieses partikulare Interesse, im Sinn von James Madison, in einem verfassungsmässig geregelten Konkurrenzkampf zu anderen partikularen Interessen steht. Friedenspolitik ist in dem Sinn also nicht auf Interessenpolitik und auch nicht auf die angesprochene „List der Vernunft“ reduzierbar. Denn sie muss zuerst die Bedingungen schaffen, unter denen Interessenpolitik überhaupt zur Förderung eines Gesamtnutzens beitragen kann. Friedenspolitik muss also konstitutionellen, systemischen Zielen verpflichtet sein und dabei berücksichtigen, dass diese Ziele geltungslogisch prioritär sind. Das heisst, sie muss verfassungsmässige Strukturen fördern, in denen nicht ein partikulares Interesse dominieren kann, sondern ein Ausgleich von partikularen Interessen möglich wird. Ich denke, dass die strukturbildende Friedenspolitik eher demokratischen Regierungen anheim gestellt werden kann als zivilgesellschaftlichen Interessengruppen. Deshalb sollte eine demokratische Regierung die demokratisch-strukturbildende Friedenspolitik (im weiten Sinn des Konzepts) als ihre Hauptaufgabe betrachten.

Das bringt mich zum zweiten Aspekt der Frage. Soll Friedenspolitik auch dann betrieben werden, wenn der Akteur der Friedenspolitik kein direktes Interesse an einem Frieden (z.B. in einer entfernten Region) zu haben scheint, eben aus reiner Pflicht?

1. Darauf gibt es zunächst eine moralphilosophische Antwort. Wenn davon ausgegangen wird, dass der zivile Friede ein Interesse der Interessen und auch die Bedingung der Möglichkeit von Recht und Gerechtigkeit ist, sprechen wir dem Frieden einen Endzweckcharakter zu. Dem Krieg kann andererseits nur ein instrumenteller Charakter zukommen, im Hinblick auf den Frieden oder im Hinblick auf ein partikulares Kriegsinteresse. Deshalb wird der Friede als höchster Zweck auch zur Pflicht. Anders gesagt, es

---

spielt für die Normbegründung gar keine Rolle, ob der Friede vom Interesse oder von der Pflicht her begründet wird. Das Resultat ist dasselbe, der Friede bleibt ein normativer Zweck.

2. Meines Erachtens ist es aber nicht unbedingt nötig, auf diese rigorose philosophische Theorie zurückzugreifen. Immanuel Kant hat in seiner *Friedensschrift* (1795) darüber nachgedacht, unter welchen Bedingungen es auch ein tatsächliches allgemeines Menschheitsinteresse am Frieden überall auf dem Globus geben würde. Er nannte eine solche Situation einen „weltbürgerlichen Zustand“. Seine Antwort lautete, dass ein solcher Zustand dann eintritt, wenn eine Rechtsverletzung, die sich an einem Ort auf dem Globus ereignet, an allen anderen „gefühl“ wird. Ungleich der nur national-ökonomischen Interdependenz der Welt vor dem 1. Weltkrieg herrscht heute ein weltbürgerlicher Zustand im Sinn Kants. Konflikte, Kriege und Terrorakte spielen sich in einem System kommunizierender Gefässe ab. Sie entfalten ihre schädliche Wirkung unter Bedingungen transnationaler globaler Interdependenz und Kommunikation. Es ist eine stark abnehmende Bedeutung der geographischen Distanz der Konflikte zu verzeichnen und eine erhöhte Anteilnahme an jedem Konflikt auf der Welt. Die Gefahren und die Wahrnehmungen der Kriege folgen nicht mehr einem klaren Schema von nah und fern. Die Gefahren der Kriege folgen auch nicht mehr einem klaren Schema von Innen und Aussen, sondern sie können sich jederzeit im Innern eines vom direkten Konflikt weit entlegenen Staat entfalten. Gerade strukturschwache und wirtschaftlich sogenannt „uninteressante“ Staaten rücken in dieser Perspektive in den Brennpunkt des Friedensinteresses, und sei es auch nur, weil sie einen sicheren Hafen für Terroristen darstellen. Wer vom Weltsystem, Globalisierung, Weltinnenpolitik spricht, muss deshalb auch von einem allgemeinen Interesse an globalen Frieden sprechen. Jeder Konflikt ist heute ein kleiner „Weltbürgerkrieg“, der zu einem grossen eskalieren kann. Es wird immer schwieriger zu begründen, dass ein Krieg nicht den rationalen Interessen aller in der einen oder anderen Weise gefährlich werden kann. Es wird immer leichter einzusehen, dass es ein allgemeines und je einzelnes Interesse an einem allgemeinen, gerechten Frieden gibt. Es besteht heute so etwas wie ein faktisches Interesse an einem globalen nachhaltigen Frieden.
3. Diese Aufgabe einer globalen Friedenspolitik übersteigt die Möglichkeiten einzelner Akteure, auch einzelner staatlicher Akteure. Der Gedanke einer Friedenspolitik als Interessenpolitik verweist also auch in diesem Sinn auf die Notwendigkeit verstärkter zwischenstaatlicher Kooperation und auf die Notwendigkeit einzelstaatlicher und postnationaler Strukturbildung nach demokratischen Prinzipien.